

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 21.07.2021

Ort: Stadthalle Chemnitz, Carlowitz-Saal (ehemals kleiner Saal), Theaterstraße 3,  
09111 Chemnitz

Zeit: 15:02 Uhr - 19:24 Uhr

Vorsitz: Herr Oberbürgermeister Sven Schulze

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 61 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeister  
Ist: 41 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeister

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Herr Renzo Di Leo	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Herr Dr. Volker Dringenberg	AfD-Stadtratsfraktion	dienstlich
Herr Lars Franke	AfD-Stadtratsfraktion	privat
Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	privat
Frau Kathleen Kuhfuß	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	dienstlich
Herr Detlef Müller	SPD-Fraktion	dienstlich
Frau Diana Rabe	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen	privat
Herr Toni Rotter	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	privat
Frau Ines Saborowski	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Frau Susanne Schaper	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI	dienstlich
Herr Falk Ulbrich	CDU-Ratsfraktion	privat
Frau Katharina Weyandt	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	privat
Herr Volkmar Zschocke	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	dienstlich

#### **Verspätetes Erscheinen**

Herr Andreas Marschner	CDU-Ratsfraktion	anwesend ab 17:10 Uhr; TOP 8.1
Herr Falk Müller	AfD-Stadtratsfraktion	anwesend ab 15:15 Uhr; TOP 5

#### **Vorzeitiges Verlassen**

Frau Christin Furtenbacher	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	abwesend ab 19:00 Uhr; TOP 9.8
Herr Dr. Dieter Füsslein	FDP-Fraktion	abwesend ab 18:48 Uhr; TOP 9.7
Frau Solveig Kempe	CDU-Ratsfraktion	abwesend ab 18:30 Uhr; TOP 9.6
Herr Gordon Tillmann	FDP-Fraktion	abwesend ab 18:48 Uhr; TOP 9.7

### **beratend Teilnehmende**

Herr Ralph Burghart	Bürgermeister Dezernat 1
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Herr Michael Stötzer	Bürgermeister Dezernat 6

### **Bedienstete der Stadtverwaltung**

Herr André Horváth	Leiter Geschäftsbereich Grundsatz und Stadtrat
Frau Kristin Nicolaus	Sachbearbeiterin Geschäftsstelle des Stadtrates
Herr Matthias Nowak	Pressesprecher
Frau Ramona Seidel	Leiterin Geschäftsstelle des Stadtrates
Herr Thomas Tittel	Sachbearbeiter Geschäftsstelle des Stadtrates
Frau Sabine Widmann	Leiterin Bereich Recht

### **Fraktionsangestellte**

Herr Dinh Hai Bui	FDP-Fraktion
Herr Stefan Kraatz	SPD-Fraktion
Herr Toni Kunert	CDU-Ratsfraktion
Herr René Mann	CDU-Ratsfraktion
Herr Bob Polzer	AfD-Stadtratsfraktion
Frau Anja Schale	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI

### **Schriftführer**

Herr Jens Fankhänel Sachbearbeiter Geschäftsstelle des Stadtrates  
*(Die Niederschrift wurde anhand des Mitschnittes von Frau Müller, Sachbearbeiterin  
Geschäftsstelle des Stadtrates, gefertigt.)*

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

**Herr Oberbürgermeister Schulze** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**Herr Oberbürgermeister Schulze** bittet um eine Schweigeminute für die Opfer der Flutkatastrophe.

Er weist darauf hin, dass die Corona-Schutz-Verordnung kein verpflichtendes Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung während der Sitzung mehr vorsieht und gratuliert anschließend Herrn Stadtrat Wolf-Kather zu seinem Geburtstag.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

**Herr Oberbürgermeister Schulze** informiert, dass die Beschlussvorlage B-115/2021 „Neuabschluss Mietvertrag Objekt Gesundheitsamt – Amt Rathaus 8, 09111 Chemnitz“ (TOP 7.8) von der Tagesordnung abgesetzt wird.

**Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** zieht den Beschlussantrag BA-030/2021 „Wiedererrichtung der Kurzzeitparkzone auf der Markersdorfer Straße 59“ (TOP 9.3) zurück, da dieser bereits durch die Verwaltung umgesetzt worden sei. Ebenso zieht er den Beschlussantrag BA-038/2021 „Den Weihnachtsmarkt 2021 zum schönsten der Region machen“ (TOP 9.8) zurück, da dieser obsolet geworden sei.

**Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion)** wünscht die Aufnahme ihres Redebeitrages als Wortprotokoll. „Wir ziehen den Beschlussantrag BA-036/2021, Tagesordnungspunkt 9.9 zur Sportförderrichtlinie zurück und das deswegen, weil in der Beantwortung der Ratsanfrage zur Unterhaltung von Vereinssportanlagen die Verwaltung einen Weg aufgezeigt hat, von dem wir uns aber wünschen, dass die Vereine entsprechend informiert werden und dass ihnen das Verfahren in der aktuellen Situation erleichtert wird. Wie beispielsweise eine Anzeige anstelle der Antragsstellung. Im Sinne der Sportvereine wünschen wir uns für die Jahre 2021 und 2022 das nötige Augenmaß bei der Anwendung der Sportförderrichtlinie.“

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 30.06.2021

---

Es gibt keine Einwendungen gegen die Niederschrift. Diese gilt somit als genehmigt.

4 Informationen des Oberbürgermeisters

---

**Herr Oberbürgermeister Schulze** informiert über den aktuellen Stand und die Zahlen des Infektionsgeschehens in Chemnitz. Die 7-Tages-Inzidenz liegt bei 0,4. Die Impfangebote, die wichtige und wesentliche Werkzeuge zur Eindämmung der Pandemie seien, werden weiter wahrgenommen. Anfang Juli seien beispielsweise 40 Wohnungslose geimpft worden und bei der Impfkation im Chemnitz-Center wurden an zwei Tagen 425 Impfungen wahrgenommen. Neben dem Impfzentrum, das bis 30.09.2021 noch offen habe, seien mobile Impfteams, die Hausärzte und die Betriebsärzte weiter aktiv. Zudem kommen dezentrale Impfkationen.

**Herr Oberbürgermeister Schulze** geht anschließend auf die Hochwasser, insbesondere in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, ein und drückt seine tiefe Betroffenheit aus. Die Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger würden die Menschen vor Ort leider nur zu gut verstehen, da Chemnitz in den vergangenen 19 Jahren von drei „Jahrhunderthochwassern“ betroffen gewesen sei. Es sei daher selbstverständlich Hilfe anzubieten und Unterstützung zu leisten. Der Freistaat Sachsen und die Wohlfahrtsorganisationen haben daher ein Spendenkonto eingerichtet. Außerdem stünden die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr Chemnitz auf Abruf bereit. Ebenfalls haben sich einige Chemnitzerinnen und Chemnitzer auf den Weg gemacht, um Sachspenden in die betroffenen Gebiete zu bringen und beim Aufräumen zu helfen. Er dankt für dieses Engagement, welches Respekt verdiene. Das Hochwasser werde aber auch zum Anlass genommen, den Hochwasserschutz in Chemnitz zu prüfen.

Abschließend geht **Herr Oberbürgermeister Schulze** auf den anstehenden Sommer ein, welcher etwas Normalität bringe. Es werden wieder Veranstaltungen im Freien durchgeführt, wie beispielsweise die Filmnächte auf dem Theaterplatz, der Chemnitzer CULTURSOMMER mit dem Bürgerfest Herzschlag, der Parksommer und das Weindorf ab Freitag. Diese wiedererlangten und hart erarbeiteten Lockerungen sollten nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Er bittet deshalb darum, dass sich weiter an die Regeln gehalten werde. Ein klein wenig Achtsamkeit sichere hier große Freiheit.

5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

---

**Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion)** schildert, dass in Chemnitz ein Sommer mit vielfältigen Angeboten möglich sein werde. Am meisten freue sie sich über das Ferienprogramm, welches aus dem Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ resultiere. Kinder und Jugendliche hätten seit März des vergangenen Jahres viele Einschränkungen hinnehmen müssen und daher vieles verpasst. Ihre Fraktion begrüße daher, dass der Jugendhilfeausschuss in einer Sondersitzung nach den Ferien der Frage nachgehe, was diese verpassten Erfahrungen für die Kinder und Jugendlichen genau bedeuten und dieser zuhören und Bedarfe festhalten werde. In den Ferien gebe es viele Veranstaltungen der Stadt, des Stadtsporthundes und verschiedener Vereine. Sie nennt verschiedene Angebote und dankt für die Arbeit. Die Stadt biete zum Beispiel auch Schwimmkurse an, welche bereits ausgebucht seien. **Frau Stadträtin Drechsler** bittet deshalb die Stadtverwaltung den Bedarf des Erlernens des Schwimmens im Auge zu behalten. Es wäre daher auch die Bereitstellung eines solchen Angebotes in den Oktoberferien wünschenswert.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** schildert, dass seine Fraktion ebenfalls auf die Hochwasserereignisse betroffen reagiert habe und Erinnerungen an die Hochwasser in Chemnitz aufgekommen wären. Mit dem Hochwasserschutzkonzept 2030 habe die Stadt einen vernünftigen Ansatz bei zukünftigen Hochwassern vorbereitet zu sein. Da Chemnitz einer großen Hochwassergefahr ausgesetzt sei, sei seine Fraktion der Meinung, dass mit vergleichsweise geringen Mitteln noch mehr möglich sei. **Herr Stadtrat Köhler** geht anschließend auf die Talsperre Euba ein, welche bei den Hochwassern als Puffer diene und so Ortschaften vor schlimmeren Schäden bewahren konnte. Dieses Areal werde jedoch seitens der Verwaltung stiefmütterlich behandelt und die Umsetzung der beschlossenen Variante werde keinen ausreichenden Hochwasserschutz darstellen. Der abgelehnte Änderungsantrag seiner Fraktion zur entsprechenden Vorlage hätte den Hochwasserschutz gestärkt. Verbesserungsbedarf sei ebenfalls bei der Alarmierung entlang der Chemnitz gegeben. Er fordert die Verwaltung zu einem schnellen und nachhaltigen Handeln auf.

**Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** führt aus, dass der Stadtrat die Aufgabe habe, das Beste für die Bewohner und Unternehmen, die Stadt und eine leistungsfähige Stadtverwaltung zu tun. Hilfreich seien dabei Kooperation und Zusammenarbeit, was beispielsweise bei den zusätzlichen finanziellen Mitteln bei der Sanierung der Teiche oder der Bewässerung von Bäumen gezeigt wurde. Das solle Mut machen, aufeinander zuzugehen und gemeinsam Lösungen für eine zügige und wirtschaftlich vertretbare Anpassung der Stadt an die Zeichen des Klimawandels zu finden. Der Klimawandel finde statt und es sei die Aufgabe der Stadt mit dieser Entwicklung Schritt zu halten.

**Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen)** geht auf die Wahl zur Beigeordneten/zum Beigeordneten für das Dezernat 5 ein, bei welcher der Oberbürgermeister sein Einvernehmen nicht erteilte. Das sei kein Zeichen der Demokratie. Das Zeichen, welches damit außerhalb der Stadt vermittelt werde, würde dazu führen, dass sich keine qualifizierten Personen außerhalb von Chemnitz bewerben würden. Er sei der Meinung, dass das durchaus auch der Plan gewesen sein könnte. Anschließend geht **Herr Stadtrat Kohlmann** auf ein vergangenes Ereignis ein, bei dem ein türkisches Restaurant angezündet wurde. In den Medien sei seine Fraktion dafür verantwortlich gemacht worden, was jedoch nicht stimme. Er warte auf die gegenteilige Darstellung in den Medien. Das sei bisher nur in lokalen Medien geschehen. Solche Lügen sollten durch den Oberbürgermeister oder die Stadträte in Nachhinein richtiggestellt werden.

**Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** sagt, dass die vergangenen Tage gezeigt hätten, wie zerbrechlich die Welt sei. Dazu habe auch die Lebensweise der Menschen geführt. Das Ausmaß der Fluten zeige die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels. Aufgabe sei es nun, Solidarität und Hilfe bereitzustellen, da auch Sachsen viel Unterstützung erhalten habe. Daher solle der Stadtrat alles unterstützen, was seitens der Stadt als Hilfe möglich sei und geleistet werden könne. Gleichzeitig sollten die Ereignisse Anlass dafür sein, kritisch die Katastrophenschutzmaßnahmen, Hochwasserschutzmaßnahmen und Notfallpläne zu prüfen. Er bittet darum, dass im zweiten Halbjahr dazu eine Information an den Stadtrat gegeben werde. **Herr Stadtrat Berger** schließt an, dass die Katastrophe aber auch den Zusammenhalt der Menschen zeige. Seine Fraktionsgemeinschaft werde das heutige Sitzungsgeld spenden. Er ruft alle Stadträte dazu auf, dieses ebenso zu tun.

---

6 Petitionsvorlage

---

Petition zur Benennung der Erschließungsstraße in Ebersdorf in "An der alten Gärtnerei"

Vorlage: P-001/2021

Einreicher: Herr X aus Chemnitz

---

**Herr Oberbürgermeister Schulze** weist darauf hin, dass sich die Petition auf die Beschlussvorlage B-007/2021 „Benennung einer privaten Erschließungsstraße in Chemnitz, Stadtteil Ebersdorf mit der Bezeichnung "Elisabeth-Ahnert-Straße" (TOP 7.12) bezieht. Sollte die Petition bestätigt werden ist diese Beschlussvorlage obsolet.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** teilt mit, dass es in seiner Fraktionsgemeinschaft kein einheitliches Abstimmungsverhalten geben werde. Es sei in den letzten Monaten bei der Benennung dieser Straße vieles schiefgelaufen. Durch die AG Straßenreinigung seien aber nun die Voraussetzungen geschaffen worden, dass das zukünftig nicht mehr geschehen könne. Die Verwaltung habe jedoch die Bürger und den Heimatverein frühzeitig einbezogen und den Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2017, welcher mehr weibliche Straßennamen fordere, beachtet. Er führt fort, dass es in Chemnitz bereits drei Straßen mit dem Bezug auf eine Gärtnerei gebe und die Straße „Zur alten Gärtnerei“ zu einer starken Verwechslungsgefahr führe. Wenn der Namensvorschlag „Elisabeth-Ahnert-Straße" abgelehnt werde, werde der Name geschädigt. Es stelle sich zudem auch die Frage, wie verantwortungsbewusst mit den Persönlichkeiten umgegangen werde. **Herr Stadtrat Scherzberg** sagt abschließend, dass es auch darum gehe, den Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2017 umzusetzen.

**Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion)** führt aus, dass es bei der Erstellung des Bebauungsplanes große Zerwürfnisse gegeben habe. Die genannte Straße werde von den Bewohnern bezahlt und müsse zukünftig gepflegt und gewartet werden. Diese seien für die Kosten verantwortlich. Das Wenigste sei jetzt, dem Wunsch dieser Anwohner zu entsprechen. Das werde seine Fraktion auch tun und der Petition abhelfen.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** sagt, dass seine Fraktionsgemeinschaft dem Ansinnen der Petenten nicht entsprechen werde. Der gefasste Beschluss zur Namensgebung von Straßen solle nicht unterwandert werden.

Die Straße sei in private Hände gegeben worden, was die Landesdirektion kritisch sehe. Aus dem Privatisieren von Straßen solle kein Anspruch auf private Übernahme von sonst im Gemeinwesen verantwortlicher Straßenbenennung abgeleitet werden.

**Herr Stadtrat Specht (CDU-Ratsfraktion)** schildert, dass sich die im Umfeld Wohnenden und die neuen Bewohner auf den Straßennamen geeinigt hätten. Dieser sei für beide positiv. Ein Bezug zu Elisabeth Ahnert bestünde in Ebersdorf nicht. Seine Fraktion werde der Petition abhelfen, da sie den Bürgerwillen im Vordergrund sehe.

**Frau Stadträtin Bombien (SPD-Fraktion)** teilt mit, dass ihre Fraktion der Petition nicht abhelfen werde. Sie schließt sich den Worten des Stadtrates Herrn Herrmann an.

**Herr Bürgermeister Stötzer** informiert, dass es in Chemnitz derzeit den „Gärtnerreiweg“, die „Gärtnerreigasse“ und die Straße „Zur alten Gärtnerei“ gebe. Die Sinnhaftigkeit und der Ausschluss einer Verwechslungsgefahr sollten mit betrachtet werden.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** fragt, wie viele „Dorfstraßen“ es gebe und ob es eine Verwechslungsgefahr gebe.

**Herr Bürgermeister Stötzer** bejaht diese Frage.

#### **Beschluss P-001/2021**

Der Stadtrat beschließt der Petition abzuhelfen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

---

## 7 Beschlussvorlagen

---

### 7.1 Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Chemnitz Vorlage: B-149/2021 Einreicher: Oberbürgermeister

---

Zur Vorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Drechsel (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen)** geht auf den § 5 Abs. 2 der hier vorliegenden Geschäftsordnung ein. Der Sachverhalt, dass die unbefugte Weitergabe von Informationen an Außenstehende eine Verletzung der Verschwiegenheitspflicht darstelle, sei nicht zutreffend. Da keine Abschriften der Akten getätigt werden dürfen, stelle sich die Frage, wie die Stadträte dann Beweise für Unregelmäßigkeiten erlangen könnten. Fraglich sei auch, warum Unregelmäßigkeiten dann verschwiegen und mit keinem besprochen werden können. Er nennt anschließend das Beispiel Freibad Erfenschlag für Unregelmäßigkeiten im Dezernat 6. **Herr Stadtrat Drechsel** ist der Meinung, dass diese Regelung in der Geschäftsordnung enthalten sei, da der Oberbürgermeister Kritik an fehlerhaften Entscheidungen und die Rechte der Stadträte beschneiden wolle. Er geht tiefer auf das Thema des Erfenschlager Bades ein.

**Herr Oberbürgermeister Schulze** entzieht Herrn Stadtrat Drechsel das Wort, da er wiederholt nicht zum Verhandlungsgegenstand spricht.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** dankt für die Übernahme des Rede-rechts für die Fraktionen. Das würde die Demokratie des Stadtrates stärken.

**Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen)** sagt, dass Herr Stadtrat Drechsel seine Meinung darlegen wollte, warum er gegen bestimmte Änderungen sei. Die dazugehörigen Beispiele für Akteneinsichten konnte er so nicht vortragen. Die Entziehung des Wortes halte er für einen Skandal.

**Herr Oberbürgermeister Schulze** erklärt, dass es kein Problem gewesen sei, wenn es sich nur um Beispiele gehandelt hätte. Der überwiegende Wortbeitrag war jedoch nicht zu dieser Sache.

**Herr Oberbürgermeister Schulze** informiert, dass es einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung gibt und stellt diesen zur Abstimmung.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung

**Abstimmungsergebnis: erforderliches Quorum erreicht**

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Andres, Robert	Nein
Arnold, Bernd	Nein
Bader, Sven	Stimmenthaltung
Bartl, Klaus	Ja
Berger, Dietmar	Ja
Boden, Otto-Günter	Nein
Bombien, Julia	Ja
Brünler, Sabine	Ja
Cedel, Sebastian	Ja
Drechsel, Reiner	Nein
Drechsler, Jacqueline	Ja
Furtenbacher, Christin	Ja
Dr. Füsslein, Dieter	Ja
Gintschel, Hubert	Ja
Hähner, Kai	Ja
Herrmann, Bernhard	Ja
Juler, Carolin	Ja
Kempe, Solveig	Ja
Kieselstein, Jens	Ja
Kohlmann, Karl Martin	Nein
Kohlmann, Karl	Nein
Köhler, Nico	Ja

Leistner, Jürgen	Ja
Mäder, Susann	Ja
Meyer, Wilma	Ja
Müller, Falk	Nein
Müller-Rosentritt, Frank	Ja
Neugebauer-Zeidler, Verena	Ja
Otto, Maik	Ja
Patt, Almut	Ja
Preuß, Ronald	Ja
Renz, Jürgen	Ja
Sänger, Frank	Stimmenthaltung
Scherzberg, Thomas	Ja
Schinkitz, Heiko	Ja
Schulze, Sven	Ja
Siegel, Hans-Joachim	Ja
Specht, Michael	Ja
Steuer, Paul Günter	Nein
Tschök-Engelhardt, Manuela	Ja
Thielemann, Rebecca	Ja
Tillmann, Gordon	Ja
Vieweg, Jörg	Ja
Wegert, Steffen	Nein
Wolf-Kather, Andreas	Ja
Dr. Zabel, Sandra	Ja
Zubrytzki, Mandy	Ja

**Beschluss B-149/2021**

Der Stadtrat gibt sich die Geschäftsordnung gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

- 7.2 Wahl einer/eines FriedensrichterIn/Friedensrichters für den Schiedsstellenbezirk III der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-070/2021                      Einreicher: Dezernat3/Amt 30
- 

Es gibt keinen Handlungsbedarf.

Da mehrere Bewerbungen zu dem einen zu besetzenden Platz vorliegen, findet geheime Wahl statt.



Für die Wahlkommission werden Herr Mann, Herr Polzer, Herr Bui und Herr Tittel als Schriftführer vorgeschlagen.

Abstimmung über die Wahlkommission

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

*- Wahlhandlung 1. Wahlgang von 15:58 Uhr bis 16:08 Uhr -*

*Für eine bessere Verständlichkeit und Lesbarkeit wird das Wahlergebnis bereits an dieser Stelle aufgeführt.*

anwesende Stimmberechtigte: 47  
abgegebene Stimmen: 46

davon

ungültige Stimmen 1  
gültige Stimmen 45  
davon Stimmenthaltungen 4

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Forster, Manuela 2 Stimmen  
Pech, Rainer 14 Stimmen  
Pioch, Tino 23 Stimmen  
Olasz, Andy 2 Stimmen

Es hat kein Kandidat/keine Kandidatin die erforderliche Mehrheit erreicht. Somit erfolgt Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten Rainer Pech und Tino Pioch.

*- Wahlhandlung Stichwahl von 17:07 Uhr bis 17:16 Uhr -*

*Für eine bessere Verständlichkeit und Lesbarkeit wird das Wahlergebnis bereits an dieser Stelle aufgeführt.*

anwesende Stimmberechtigte: 47  
abgegebene Stimmen: 46

davon

ungültige Stimmen 1  
gültige Stimmen 45  
davon Stimmenthaltungen 3

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Pech, Rainer 15 Stimmen  
Pioch, Tino 27 Stimmen

Der Kandidat Tino Pioch hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

### **Beschluss B-070/2021**

Der Stadtrat wählt für den Schiedsstellenbezirk III Herrn Tino Pioch als Friedensrichter.

- 7.3 Verordnung der Stadt Chemnitz über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen im Jahr 2021  
Vorlage: B-144/2021 Einreicher: Dezernat 3 /Amt 32
- 

**Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion)** bringt einen Änderungsantrag ein. Es handle sich um einen Vorschlag, wie der angemeldete Bedarf der Center in die Vorlage integriert werden könne. Es gebe eine Einschätzung von verdi, welche zur Kenntnis zu nehmen und zu akzeptieren sei. Die jetzt angemeldeten Anlässe des „Chemnitz Centers“, des „Neefeparks“ und der „Sachsen-Allee“ sollen in die Satzung einmalig für das Jahr 2021 aufgenommen werden. Dafür könne ein einfaches Verfahren nach dem Sächsischen Ladenöffnungsgesetz gewählt werden oder wenn das nicht möglich sei, könnten alle drei Termine einzeln in die Satzung aufgenommen werden. Er wünscht sich ab 2022 ein dialogorientiertes Verfahren, bei dem offene Diskussionen mit den Centern und dem Stadtrat möglich sei.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** bringt den Änderungsantrag seiner Fraktion ein. Er schildert, dass nach Zeiten, bei der nur der Onlinehandel profitierte, dafür gesorgt werden müsse, dass regionale Geschäfte Umsatz erwirtschaften können. Das Angebot sollte um die drei Angebote der Center erweitert werden. So wäre eine Erweiterung gegeben, die verschiedene Stadtteile ansprechen würde. Damit eine Abstimmung sowie entsprechende Vorbereitungen erfolgen können, sollen diese in die Verordnung aufgenommen werden.

**Herr Oberbürgermeister Schulze** schlägt vor, dass erst die Debatte geführt werde und dann in einer kurzen Sitzungsunterbrechung die in den Änderungsanträgen geschilderten Verfahren geprüft werden.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** sagt, dass ihre Fraktion die angesprochene Erweiterung mittragen werde, vor allem auch, da der Handel durch die Coronapandemie geschwächt sei. Es sei positiv und konstruktiv, dass sich die Center mit dem Handel in der Innenstadt abgestimmt hätten. Sie fordert, dass die Stadträte und gesellschaftsrelevante Gruppen in das Verfahren stärker eingebunden werden. **Frau Stadträtin Patt** schließt an, dass es keine Gespräche mit der katholischen und der evangelischen Kirche gegeben habe. Sie erwarte, dass jedes Jahr mit den Religionsgemeinschaften sowie den Gewerkschaften und anderen gesellschaftsrelevanten Gruppen über solche Fragen gesprochen werde. Des Weiteren möchte sie, dass alle Anträge auf erweiterte Sonntage den Stadträten zur Kenntnis gebracht werden, dass diese den Vorlagen beigelegt werden und dass die Stadträte die Einschätzung der Verwaltung erfahren.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion)** zeigt sich über den Vorschlag der Änderungsanträge überrascht. Die Kaufkraft werde dabei in eine Zeit vor den verkaufsoffenen Sonntagen gelenkt, welche zudem nicht in der Innenstadt seien. Es wäre besser gewesen, wenn die Center nach den verkaufsoffenen Sonntagen öffnen würden. Es sei wichtig, dass der Handel in der Kernöffnungszeit Umsätze erwirtschaftet. Der Vorschlag der Verwaltung sei zudem rechtlich abgedeckt. Seine Fraktion werde für die Beschlussvorlage stimmen und gegen die Änderungsanträge, da die Innenstadt im Vordergrund stehen müsse.

**Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen)** teilt mit, dass seine Fraktion nicht einheitlich abstimmen werde. Fraglich sei, ob an Sonntagen aufgrund der Coronapandemie überhaupt geöffnet werden dürfte. Er möchte wissen, welcher Zeitpunkt gesetzt werde, um den Weihnachtsmarkt eventuell wieder abzusagen.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** erklärt, dass ihre Fraktion von den Händlern der Innenstadt das Signal erhalten habe, dass diese die Adventssonntage als verkaufsoffene Tage möchten. Die anderen Sonntage würden nicht benötigt. Zudem gebe es eine Entzerrung dieser Tage über das zweite Halbjahr.

**Herr Bürgermeister Runkel** sagt zum Redebeitrag von Herrn Stadtrat Andres, dass er das nicht entscheiden könne. Das liege beim Gesetz- bzw. Verordnungsgeber. Ob der Weihnachtsmarkt statfinde oder nicht, liege nicht in der Hand der Stadt Chemnitz. Gegebene Rahmenbedingungen werden entsprechend ausgelotet, so wie es beispielsweise beim Weindorf der Fall ist. Er findet es vermessen, im Stadtrat die Frage der rechtlichen Prüfung zu stellen. **Herr Bürgermeister Runkel** erklärt, dass es in der Vergangenheit ein Prozedere mit allen Kirchen gegeben habe. Der Kompromiss von vier verkaufsoffenen Sonntagen im Jahr nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz sei von diesen mitgetragen worden. Es gebe nun eine Rechtsprechung dazu, welche die Verwaltung nicht veranlasst habe, in diesem und dem vergangenen Jahr nochmals darüber zu sprechen. Diese Absprachen sehe das Gesetz nicht vor. Die Verwaltung habe die Vorlage im Rahmen des Rechtsspruchs angelegt. Er verliert anschließend den § 8 Abs. 2 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz und weist auf die besondere Bedeutung des Ereignisses hin. Die Verwaltung sehe bei den Anträgen keine besondere Bedeutung über das Einkaufen hinaus.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** sagt, dass es bei einem Trödelmarkt viel Zuspruch gebe und es durchaus sein könnte, dass die Menschen aufgrund dieses Trödelmarktes und nicht aufgrund der geöffneten Geschäfte kommen würden. So etwas solle vorher seitens der Verwaltung geprüft werden.

*- Sitzungsunterbrechung 16:33 Uhr bis 16:56 Uhr -*

**Herr Stadtrat Specht (CDU-Ratsfraktion)** stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den zuständigen Ausschuss, um mit den Händlern Rücksprache zu halten und sich mit den rechtlichen Bedenken auseinanderzusetzen.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** spricht gegen den Antrag, da es um Fristen gehe. Er ist der Meinung, dass es darum gehe, dem Änderungsantrag seiner Fraktion nicht zuzustimmen. Es solle jedoch im Sinne des Chemnitzer Einzelhandels entschieden werden.

**Herr Stadtrat Bartl (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** entgegnet, dass es nicht darum gehe, welche Fraktion etwas eingebracht habe. Es gehe darum, die rechtlichen Grundlagen und die gewünschten Öffnungen zu prüfen.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** zieht den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückverweisung in den Ausschuss

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

- 7.4 Abfallwirtschaftskonzept (AWK) der Stadt Chemnitz für den Zeitraum 2021 bis 2025  
Vorlage: B-148/2021 Einreicher: Dezernat 3/Amt 36
- 

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-148/2021**

Der Stadtrat beschließt das Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Chemnitz für den Zeitraum 2021 bis 2025 gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

- 7.5 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz zur Schülerbeförderung  
Vorlage: B-081/2021 Einreicher: Dezernat 5/Amt 40
- 

Es wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Kieselstein (FDP-Fraktion)** geht auf den Antrag ein, den seine Fraktion zu diesem Thema in der letzten Sitzung eingereicht hat. Ziel sei es gewesen, ein vergünstigtes Ticket für alle Schüler zu erhalten. Das sei mit der Vorlage umgesetzt worden. Wenn diese Vorlage beschlossen werde, sei somit der Beschlussantrag seiner Fraktion zu diesem Thema obsolet.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** sagt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde, da es um die Entlastung der Eltern gehe.

**Beschluss B-081/2021**

Der Stadtrat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz zur Schülerbeförderung gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

- 7.6 Vertragliche Vereinbarung mit dem ZVMS im Rahmen der Umsetzung des Bildungstickets  
Vorlage: B-169/2021 Einreicher: Dezernat 5/Amt 40
- 

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-169/2021**

Der Stadtrat beschließt die Eckpunkte gem. Anlage 3 der vertraglichen Regelung zwischen der Stadt Chemnitz und dem Zweckverbund Verkehrsverbund Mittelsachsen zur Umsetzung des Bildungstickets

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

- 7.7 Außerkraftsetzung der „Entgeltordnung der Stadt Chemnitz für das Wohnheim im Sportforum, Reichenhainer Straße 154“ und damit Aufhebung des Beschlusses B-390/2003  
Vorlage: B-138/2021 Einreicher: Dezernat 5/Amt 52
- 

Es wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-138/2021**

Der Stadtrat setzt die „Entgeltordnung der Stadt Chemnitz für das Wohnheim im Sportforum, Reichenhainer Straße 154“ mit Wirkung zum 21.07.2021 außer Kraft.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

- 7.8 Neuabschluss Mietvertrag Objekt Gesundheitsamt - Am Rathaus 8, 09111 Chemnitz  
Vorlage: B-115/2021 Einreicher: Dezernat 6/SE 17
- 

Die Beschlussvorlage wurde unter dem Tagesordnungspunkt 2 abgesetzt.

- 7.9 Integriertes Handlungskonzept (IHK) Altchemnitz - Fortschreibung 2021  
Vorlage: B-155/2021 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-155/2021**

1.

Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des „Integrierten Handlungskonzeptes Altchemnitz“ als Teil des Stadtumbaukonzeptes der Stadt Chemnitz und als Fördergebietskonzept in geeigneten Programmen der Städtebauförderung sowie als Planungsgrundlage für künftige Programme der Stadtentwicklung mit europäischen Strukturfonds. Geeignete Fachförderungen sind zu erschließen und dafür rechtzeitig die planerischen Grundlagen für eine erfolgreiche Antragstellung und für die Planung von Haushaltsmitteln zu schaffen.

2.

Die Umsetzung erfolgt vorbehaltlich der Bereitstellung von Fördermitteln von Bund, Land und EU und vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Stadt Chemnitz.

3.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Koordinierung von Maßnahmen und Akteuren durch ein Gebietsmanagement zu begleiten.

4.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Chemnitzer Wirtschaftsförderungsgesellschaft, geeignete Maßnahmen für ein strategisches Flächenmanagement im Gebiet Altchemnitz zu prüfen und einzuleiten. Dabei ist auch die Möglichkeit des Zwischenerwerbs von Grundstücken für eine geordnete städtebauliche Entwicklung im Rahmen der Möglichkeiten des kommunalen Haushaltes, geeigneter Förderprogramme und einer wirtschaftlichen Weiterverwertung zu prüfen.

5.

Bei der Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes sind die Klimaziele des integrierten energetischen Quartierskonzepts für Altchemnitz anzustreben, dazu geeignete Maßnahmen sind selbst einzuleiten oder andere Maßnahmeträger im Gebiet dabei durch das energetische Sanierungsmanagement zu unterstützen, soweit dafür Mittel zur Verfügung stehen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

- 7.10      Stadtumbaukonzept der Stadt Chemnitz - Aktualisierung 2021  
Vorlage: B-158/2021                      Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-158/2021**

Der Stadtrat beschließt:

1.

Das „Stadtumbaukonzept der Stadt Chemnitz“ in der Fassung vom Mai 2021 entsprechend § 171 b BauGB gemäß Anlage 2 für die Fördergebiete „Stadtumbau Ost Chemnitz“, „Altchemnitz“ und „Zwickauer Straße“ – als Aktualisierung des Stadtumbaukonzeptes von 2018.

2.

Die Ausweisung und Abgrenzung der in 2022 erneut zu beantragenden Fördergebiete „Zwickauer Straße“ und „Altchemnitz“ jeweils entsprechend § 171 b Abs. 1 BauGB, gemäß Abbildung 16 der Anlage 3.

3.

Die Umsetzung erfolgt vorbehaltlich der Bereitstellung von Fördermitteln von Bund, Land und EU und vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Stadt Chemnitz

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

- 7.11      Verlängerung des Durchführungszeitraumes für die Durchführung der Sanierungsmaßnahmen im Geltungsbereich der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Chemnitz-Sonnenberg"  
Vorlage: B-145/2021                      Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

### **Beschluss B-145/2021**

Der Stadtrat beschließt:

Die Laufzeit der rechtskräftigen Satzung der Stadt Chemnitz über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Chemnitz-Sonnenberg“ im aktuellen Geltungsbereich (Anlage 3) wird gemäß § 142 Abs. 3 Satz 4 BauGB über den gesetzlich befristeten Zeitraum gemäß § 235 Abs. 4 BauGB, datiert bis zum 31.12.2021, bis spätestens 31.12.2031 verlängert.

### **Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

- 7.12 Benennung einer privaten Erschließungsstraße in Chemnitz, Stadtteil Ebersdorf mit der Bezeichnung "Elisabeth-Ahnert-Straße"  
Vorlage: B-007/2021 Einreicher: Dezernat 6/Amt 62
- 

Die Beschlussvorlage ist obsolet geworden.

### **8 Informationsvorlagen**

---

- 8.1 Anmietung einer Interimsspielstätte für das Schauspielhaus  
Vorlage: I-037/2021 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
- 

Es gibt keine Fragen.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

- 8.2 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Beschlusses BA-102/2020 Wasserstoff-Technologie  
Vorlage: I-033/2021 Einreicher: Dezernat 3/Amt 36
- 

Es gibt keine Fragen.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

- 8.3 Erstellung eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts für Chemnitz "INSEK Chemnitz 2035"  
Vorlage: I-036/2021 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es gibt keine Fragen.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

9 Beschlussanträge

---

- 9.1 Erneuerbare Energien - Flurstücke der Stadt Chemnitz  
Vorlage: BA-028/2021 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** führt in den Beschlussantrag ein. Mittlerweile gebe es bessere Alternativen zu klimaschädlichen Energieträgern, gerade im Bereich der Energieversorgung. Dafür bedarf es Flächen und die Bereitschaft, sich auf diese neuen Formen einzulassen. Fraglich sei auch, was es für die Region bedeute, wenn Chemnitz sich dahingehend abhängen lasse. Er führt aus, wenn Chemnitz jetzt nicht den Ausbau erneuerbarer Energien besser voranbringe, schränke das zukünftige Freiheitsrechte ein. Jetzt zu handeln bedeute, dass die Stadt sich bei Investorenanfragen bezüglich der Erzeugung von Wind- und Sonnenenergie offen verhalte.

**Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion)** und seine Fraktion würden den Beschlussantrag ablehnen, da aus den Beschlusspunkten nicht hervorgehe, dass sich den erneuerbaren Energien zugewandt werden soll. Mit dem Antrag solle Einfluss auf das Planungsrecht genommen werden. Die entsprechenden Regelungen seien bereits kompliziert. Weitere Regelungen seien daher nicht hilfreich.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion)** merkt an, dass der Fokus auf die Nutzung der Dachflächen der Stadt gelegt werden solle.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** entgegnet, dass diese Summe nicht reiche, um genug Wasserstoff zu produzieren. Wenn allein auf Photovoltaik gesetzt werde, müssten viele Hochspannungstrassen entstehen, da die Sonne nicht immer scheine. Er sagt anschließend, dass keine weiteren Regularien in dem Antrag genannt seien. Die Verwaltung solle sich lediglich offen gegenüber Investoren verhalten und dieses auch für ihre Grundstücke berücksichtigen.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** schließt sich den Ausführungen von Herrn Stadtrat Dr. Füsslein an. Er möchte anschließend wissen, was mit den Feldern passiere, auf denen die Solarplatten installiert werden und ob unter den Anlagen etwas wachsen könne.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** sagt, dass die essentiellen Fragen der Energiewirtschaft nicht im Stadtrat, sondern mit der Bürgerschaft diskutiert werden sollen.

**Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion)** fragt, was geschehe, wenn es keinen Wind gebe und keine Sonne scheine.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** führt aus, dass das einseitige Denken ein Problem darstelle. Ergänzungen zu den bisherigen Methoden seien ausreichend. Eine weitere Versiegelung von Flächen sei nicht sinnvoll.



**Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** entgegnet, dass es keine einfache Lösung gebe, da man vor komplexen Herausforderungen stehe. Nach ihrer Meinung bedarf es einen Mix an Lösungen.

#### **Beschlussvorschlag BA-028/2021**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. die Eigentümerinteressen auf Flurstücken, die der Stadt Chemnitz gehören und sich zur Erzeugung Erneuerbarer Energien (EE) potentiell eignen, wie folgt zu vertreten:
  - entsprechend der Zielstellung einer zulässigen Nutzung durch Anlagen zur EE-Erzeugung,
  - dabei auf Beteiligung der betroffenen Kommunen, Ortsteile und Anwohnenden zu drängen,
  - dabei auf die Lösung der Konflikte zwischen der EE-Erzeugung und dem Naturschutz zu drängen.
2. gleichermaßen mit den der Stadt Chemnitz gehörenden Flurstücken zu verfahren, die in diesen Gemarkungen an zur Nutzung von Anlagen zur EE-Erzeugung potentiell geeignete Flächen angrenzen,
3. zur Sicherung des Einflusses entsprechend der Beschlusspunkte 1. und 2. die betroffenen Grundstücke nicht zu verkaufen.

#### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

9.2 Geschwindigkeitsbeschränkung und Emissionsminderung am „Straßenknoten West“

Vorlage: BA-029/2021

Einreicher: Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

---

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

#### **Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

schildert, dass seitens der Verwaltung das Ansinnen bestehe, die Spur zum Einfädeln auf den Südring aus dem Neefepark aus Sicherheitsgründen zu verlängern. Zudem sei die Brücke, die die Neefestraße über die Zufahrt zum Neefepark führt, seit Anfang 2020 stark baufällig. Bisher sei zu diesen Maßnahmen nichts geschehen. Er führt fort, dass es von den Anwohnern hinter den Schallschutzmauern den Hinweis gegeben habe, dass der Bereich Südring/Neefestraße sinnvoller gestaltet werden könne. Die Maßnahmen des Antrages enthalten die Ziele der Erhöhung der Verkehrssicherheit, den Bauwerksschutz, die Verbesserung des Verkehrsflusses und die Minderung der Emissionsbelastung der Anwohner.

#### **Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion)**

sagt, dass seine Fraktion den Beschlussantrag ablehnen werde. Das Thema wurde im Ausschuss diskutiert und die Verwaltung werde Varianten für den Umgang mit diesem Bereich vorstellen. Aus Fairnessgründen sollte bei diesem Verfahren geblieben werden. Er wünscht sich weiterhin ein transparentes Verfahren, welches in einer Vorlage für den Stadtrat enden werde. Eine Variante herauszuziehen halte seine Fraktion für den falschen Weg.

**Herr Stadtrat Müller-Rosentritt (FDP-Fraktion)** führt aus, dass der überwiegende Teil der Menschen, mit denen er gesprochen habe, die Beibehaltung des aktuellen Tempos wünsche. So könne ein guter Verkehrsfluss erhalten bleiben. Es gebe zudem weitere Maßnahmen zur Lärmreduzierung. Seine Fraktion werde den Beschlussantrag ablehnen und wirbt dafür, dass das Tempo 70 km/h beibehalten werde.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** sagt, dass es gut wäre, wenn sich nicht gegen die Verlängerung des „Stumpfes“ zur Zwickauer Straße ausgesprochen werde. Wenn diese Verlängerung zugelassen werde, biete es vielen Menschen die Möglichkeit, diesen Bereich des Südrings zu meiden.

**Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion)** teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde. Ihm erschließe sich eine Geschwindigkeitsreduzierung aufgrund des erhöhten Unfallaufkommens nicht. Er sehe das Risiko eher gegeben, wenn es keinen ordentlichen Verkehrsfluss gebe.

**Herr Bürgermeister Stötzer** sagt, dass der Straßenabschnitt unfallauffällig sei. Eine Geschwindigkeitsreduzierung schade in solchen Bereichen nicht. Sie vermeide Unfälle, da eine schnellere Reaktionszeit möglich wäre und der Bremsweg kürzer sei.

**Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion)** erklärt, dass im Regionalen Planungsverband Unterlagen ausgereicht wurden, in denen ersichtlich sei, dass es zu vermehrten Verkehrsaufkommen aus Tschechien kommen werde. Es müssten die bereits gefertigten Planungen auch in anderen Bereichen umgesetzt werden, damit der Bereich des Südrings entlastet werde.

**Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** fragt, ob es richtig sei, dass die Stadt beim Landesamt für Straßenbau und Verkehr den Antrag auf Geschwindigkeitsreduzierung gestellt habe. Wenn ja, sei es fraglich, warum etwas beschlossen werden soll, was bereits auf dem Weg sei.

**Herr Bürgermeister Stötzer** erklärt, dass sich bei Unfallauffälligkeiten die Unfallkommission damit auseinandersetzen müsse. Diese müsse dann bestimmte Maßnahmen ergreifen. Am einfachsten sei beispielsweise die Geschwindigkeitsreduzierung, welche beantragt und geprüft werde.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** sagt, dass es im Antrag um die Neefestraße gehe, welche im Ausschuss nicht besprochen worden sei. Zu den Aussagen von Herrn Stadtrat Hähner merkt er an, dass das eine verkehrsfachlich falsche Sicht sei. Es gehe um die Zeit, in der die Straße frei sei und 70 km/h gefahren werden könne. **Herr Stadtrat Herrmann** weist darauf hin, dass in dem Gebiet Menschen leben, mit denen er zahlreich gesprochen habe und diese stark durch Dreck und Lärm betroffen seien. Eine Erweiterung des jetzt leicht gegebenen Engpasses bringe noch mehr Verkehr nach Chemnitz.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** schildert, dass zu einer Großstadt Verkehr gehöre und die Industrie beliefert werden müsse.

**Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion)** führt aus, dass sich viele schon seit Jahren für die Bewohner vor Ort engagieren. Es gebe zudem das Bundesprogramm für Bundesstraßen, bei dem Mittel gegeben seien, mit denen etwas an der Straße bis zur Brücke getan werden könne. Ein Vorgriff, welcher nicht mit der Veralterung und den Beteiligten abgestimmt sei, wäre nicht sinnvoll.

**Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** sagt, dass der Kern des Antrages (die Geschwindigkeitsreduzierung) bereits von der Verwaltung behandelt werde. Aus diesem Grund werde er dem Antrag nicht zustimmen.

**Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion)** ist der Auffassung, dass die Unfälle in den Zeiten passieren, in denen die Straße voll ist und keine 70 km/h gefahren werden können. Insofern werde, eine Geschwindigkeitsreduzierung nicht zu weniger Unfällen führen.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** weiß um die Arbeit der Stadträte zu diesem Thema und merkt an, dass der Antrag rechtzeitig für eine fachliche Vorberatung im Ausschuss gewesen sei. Wenn der Beschlussantrag nicht beschlossen werde aber das Thema durch die Diskussion vorangebracht werde, sei er trotzdem zufrieden, da den Menschen geholfen werde.

#### **Beschlussvorschlag BA-029/2021**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Neefestraße im Bereich BAB A72/Neefepark/Überflieger die Geschwindigkeitsbegrenzung zu prüfen und bei positivem Prüfergebnis unverzüglich umzusetzen. Der Abschnitt reicht von etwa 150 m westlich der BAB A72 bis zur Kreuzung mit dem Südring.
2. In diesem Zuge sind zudem Maßnahmen zu prüfen und bei positivem Ergebnis umzusetzen, die ein in beiden Richtungen gleichmäßigeres Abfließen des Kfz-Verkehrs im Knotenbereich Südring/Neefestraße (s. g. Überflieger) für die Hauptrelation Neefestraße – Südring ermöglichen.
3. Die Prüfergebnisse sind dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität sowie dem AGENDA-Beirat vorzulegen. Die Umsetzung soll den Prüfergebnissen entsprechend (spätestens) unverzüglich danach durch originäres Verwaltungshandeln oder über einen umgehenden Stadtratsbeschluss erfolgen.

#### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

- 9.3 Wiedererrichtung der Kurzzeitparkzone auf der Markersdorfer Straße 59  
Vorlage: BA-030/2021 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI, CDU-Ratsfraktion, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion
- 

Der Beschlussantrag wurde unter dem Tagesordnungspunkt 2 zurückgezogen.

- 9.4 Schülerbeförderung attraktiver gestalten  
Vorlage: BA-031/2021 Einreicher: FDP-Fraktion
- 

Der Beschlussantrag ist obsolet geworden.

- 9.5 Schriftzug „Wir alle für 1,5°C“  
Vorlage: BA-032/2021 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI, Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion
- 

**Frau Stadträtin Brünler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** führt aus, dass die vergangenen Starkwetterereignisse zeigen würden, dass der Klimawandel bereits im Gang sei. Der Schriftzug solle ein Signal für alle sein, welches deutlich mache, dass die Klimakrise sehr ernst genommen werde. Die Vorteile der Reduzierung der Erderwärmung auf 1,5 °C seien klar. Dafür nennt sie Beispiele. Was die Stadt bereits getan habe, könne im integrierten Klimaschutzprogramm der Stadt nachgelesen werden. Es solle jedoch weitere Anstrengungen für den Klima- und Artenschutz geben. Gerade als Kulturhauptstadt habe Chemnitz eine Verantwortung.

**Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion)** ergänzt, dass es sich bei den 1,5 °C um die Essenz des Pariser Klimaabkommens handle. Dabei handle es sich um Primärrecht, was jeden einzelnen betreffen werde. Es solle für das Thema sensibilisiert werden.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** sagt, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde.

**Herr Stadtrat Specht (CDU-Ratsfraktion)** führt aus, dass die Themen Umwelt- und Klimaschutz tagtäglich thematisiert werden würden. Wenn man inflationär mit solchen Schriftzügen umgehe, würden andere Nöte weniger wahrgenommen werden. Aus diesem Grund werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. Das sei aber kein nein zu vernünftiger, sozialverträglicher Umwelt- und Klimapolitik.

**Herr Stadtrat Müller-Rosentritt (FDP-Fraktion)** erklärt, wenn sich heute Personen gegen den Beschlussantrag aussprechen würden, bedeute das nicht, dass diese sich gegen Klimapolitik aussprechen würden. Es bedeute lediglich, dass sich gegen die Aufbringung eines Schriftzuges ausgesprochen werde. Das Pariser Abkommen gelte für ganz Deutschland, was bedeute, dass Chemnitz auch gesetzlich dazu verpflichtet sei.

**Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen)** erinnert daran, dass es schwere Hochwasser auch schon zu früheren Zeiten gegeben habe. Es könne noch nicht eingeschätzt werden, ob der Klimawandel menschengemacht sei. Artensterben und Temperaturschwankungen habe es schon immer gegeben. Zudem gebe es auch andere Maßnahmen, um die Umwelt sowie die Menschen vor solchen Auswirkungen zu schützen. Er führt dafür Beispiele an.

**Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen)** sagt, dass es sich von selbst verstehe, die Umwelt zu schützen und es dafür nicht der Klimaideologie bedarf. Plakate seien dabei nicht hilfreich. Das Vorgehen erinnere an DDR-Zeiten.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** teilt mit, dass seine Fraktionsgemeinschaft dem Beschlussantrag zustimmen werde. Er fragt, warum hysterisch auf dieses kleine Zeichen reagiert werde. Es solle sich davon wegbewegt werden, dass es kein kommunalpolitisches Gremium für dieses Thema gebe. Es müsse sich ernsthaft diesem Thema gewidmet werden.

**Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion)** möchte wissen, wie CO<sub>2</sub>-neutral es wäre, wenn der Bahnhofsvorplatz mit einer Menge Farbe bemalt werde.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion)** sagt, dass es sinnvoller wäre am Schornstein des HKW Nord zu schreiben, dass Chemnitz aus der Kohle aussteige. Das sei eine gute Werbung für die Stadt direkt an der Autobahn.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** führt anhand des Beispiels der Ortschaft Röderau Süd aus, dass es ein Umdenken aller benötige. Jeder einzelne sei gefordert. Es gebe zwar schon immer Klimaschwankungen, aber es müsse auch erkannt werden, dass sich die Erde vor allem hinsichtlich der Bevölkerungsdichte stark verändert habe. Das habe Einfluss auf das Klima.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** fragt, warum immer mehr Geld der Chemnitzer ausgegeben werden solle, wenn die Lösung der Probleme nicht nur in Chemnitz, sondern vor allem bei den großen Metropolen der Welt liegen würde. Er möchte wissen, wer einen möglichen Schriftzug finanziere und ob im Beschlussantrag eine Deckungsquelle angegeben werden müsse.

**Frau Stadträtin Brünler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** sagt, dass die Redebeiträge der AfD-Stadtratsfraktion und der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen gezeigt hätten, dass das Problem immer wieder thematisiert werden müsse. Das Gesagte widerspreche der Wissenschaft.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** erklärt, dass es in Chemnitz ein Wohngebiet geben werde, für das eine Bachaue verschwinden solle. Auch für solche Maßnahmen solle Aufmerksamkeit geschaffen werden. Er sagt zum Vorschlag von Herrn Stadtrat Dr. Füsslein, dass ein gemeinsamer Antrag gemacht werden könne, bei dem der Gesellschaftervertreter der Stadt aufgefordert werden solle, das Anliegen einzubringen.

**Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen)** sagt, dass es zu jeder These auch eine Gegenthese gebe. Es solle nicht darum gehen einen Schriftzug anzubringen, sondern beispielsweise darum, wie das Plastik aus dem Meer geholt werden könne. Solche Anträge seien interessant.

**Herr Stadtrat Kieselstein (FDP-Fraktion)** beantragt den Abbruch der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

**Herr Oberbürgermeister Schulze** erklärt, wenn der Beschlussantrag bestätigt werde, folge eine Beschlussvorlage, in der eine Finanzierung vorgeschlagen werde.

### **Beschlussvorschlag BA-032/2021**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, an welchen prominenten Straßen, Plätzen oder Fußgängerzonen in Chemnitz ein Schriftzug „Wir alle für 1,5°C – in Chemnitz sozial und gerecht“, alternativ nur „Wir alle für 1,5°C“, analog wie in Hamburg aufgetragen werden kann. Das Prüfergebnis soll dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Sicherheit und dem AGENDA-Beirat bis Oktober 2021 vorgelegt werden.
2. Dem Stadtrat ist bis zum 1. Quartal 2022 ein Beschluss vorzulegen, der den Auftrag dieses Schriftzuges an einer prominenten Stelle in Chemnitz vorsieht.

### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

- 9.6 Corona-Pandemie-bedingter Vereinsamung von Seniorinnen und Senioren in der Stadt Chemnitz entgegenwirken  
Vorlage: BA-033/2021 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
- 

Es wurde eine Änderung des Einreichers, eine Stellungnahme der Verwaltung sowie ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion ausgereicht.

**Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** schildert, dass die Pandemie das Problem der Vereinsamung älterer Menschen verschärft habe. Die Gesellschaft habe in der Pandemie Maßnahmen getroffen, um das Virus aufzuhalten. Diese waren wichtig. Dass dabei aber psychische Probleme entstehen konnten, wurde von der Gesellschaft als Ganzes nicht bedacht. Die Verwaltung solle sich jetzt mit den Betreibern darüber Gedanken machen, wie bei einem erneuten Anstieg der Infektionen besser regiert werden könne. Dabei sollen die alten Menschen nicht wieder vereinsamen. Dieses Thema betreffe auch die Begegnungsstätten. Dort fänden viele Menschen, die allein leben, beispielsweise Zuneigung oder Kultur. Er führt fort, dass das zuständige Amt deutlich weniger mit den Begegnungsstätten als mit den Heimen in Kontakt gestanden habe. Ein Erfahrungsaustausch habe nicht stattgefunden. Hier müsse unbedingt ein Umdenken stattfinden, da die Begegnungsstätten einen wichtigen Beitrag leisten würden. Mit dem Antrag solle über Formate und Lösungsansätze nachgedacht werden.

**Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion)** spricht zum Änderungsantrag seiner Fraktion. Er schildert, dass die Stadt keine Steuerungs- oder Eingriffsbefugnisse in die Betreuung von Alten- oder Pflegeheimen habe. Es könne der Verwaltung nichts übertragen werden, was sie nicht dürfe.

**Herr Stadtrat Wolf-Kather (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** merkt an, dass sich auch der Seniorenbeirat intensiv mit der Problematik auseinandergesetzt und die Dringlichkeit unterstrichen habe.

**Frau Stadträtin Neugebauer-Zeidler (CDU-Ratsfraktion)** teilt mit, dass ihre Fraktion dem Beschlussantrag zustimmen werde. Bei einem Anstieg der Fallzahlen solle mehr darauf geachtet werden, ob eine Gleichbehandlung der Senioren stattfinde und ob eine Vereinsamung vermieden werden könne. Wichtig sei auch, dass der Handlungsspielraum der Verwaltung genutzt und die Handlungsempfehlungen konkretisiert werden.

**Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion)** ergänzt, dass es sich um ein komplexes Thema handle. Seine Fraktion könne mit dem aktualisierten Beschlussantrag mitgehen und werde auch dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen. Er führt fort, dass es keine Anweisung gegeben habe die Begegnungseinrichtungen zu schließen. Das habe in den Händen der Träger gelegen. In den Hochphasen der Corona-Wellen sei es nicht mehr möglich gewesen Angebote durchzuführen.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** sagt, dass seine Fraktion zustimmen werde.

**Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen)** merkt an, dass nicht die gesamte Gesellschaft die Vereinsamung nicht gesehen habe. Seine Fraktion hätte von Beginn an auf die Folgen der Politik hingewiesen. Er vermisse im Antrag den Ansatz, dass sich dafür eingesetzt werde, dass dieses Vorgehen in der Politik geändert werden müsse.

**Frau Stadträtin Mäder (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt, bis wann die Maßnahmen vorliegen sollen.

**Herr Oberbürgermeister Schulze** informiert, dass es sich bei dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion um einen Alternativantrag handle. Wenn dieser bestätigt werde, erfolge keine Abstimmung über den Beschlussantrag.

**Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** antwortet auf die Frage der Zeitschiene. Die Verwaltung solle bis Ende des Jahres eine Information vorlegen. Auch wenn die Begegnungsstätten und die Heime nicht der Verwaltung unterliegen, habe die Kommune bei dem Thema eine Verantwortung. Es brauche keine Koordinierung seitens der Kommune.

**Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion)** weist auf die Stellungnahme der Verwaltung hin, in der stehe, dass die Berichterstattung im Sozialausschuss erfolgen könne. Es müsse sich um einen laufenden Prozess handeln, da eine flexible Anpassung an neue Situationen möglich sein müsse. Die Stadträte sollen dabei einbezogen werden. Seitens der Verwaltung habe es den Wunsch einer Koordinierung gegeben. Das sei aber gesetzlich nicht möglich.

**Herr Stadtrat Bartl (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** erklärt, dass es um eine Analyse der Erfahrungen aus der Pandemie gehe. Es solle klarwerden, welche Rechte und Anpassungen nötig wären.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

### **Beschluss BA-033/2021**

1.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bewährte und geeignete Formate des Austauschs mit den Pflegeheimleiterinnen und -leitern zu nutzen, um die Auswirkungen pandemiebedingter Einschränkungen für die Bewohnerinnen der Einrichtungen festzuhalten.

2.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diese bewährten und geeigneten Formate des Austauschs zu nutzen, um mit den Einrichtungsleiterinnen und -leitern auf Grundlage der geltenden Verordnungen und ergänzenden Informationen von Bund und Land weitestgehende Auslegungen zu erörtern, die den Betroffenen eine regelmäßige und den eigenen Lebensvorstellungen entsprechende Kommunikation mit Angehörigen und untereinander ermöglichen, um anhaltender Vereinsamung entgegenzuwirken.

- 9.7      Weihnachtsmarkt für Händler attraktiver gestalten  
Vorlage: BA-034/2021      Einreicher: AfD-Stadtratsfraktion Chemnitz
- 

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** beantragt eine Sitzungspause.

*- Sitzungspause 18:49 Uhr bis 19:04 Uhr -*

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** zieht den Beschlussantrag zurück, da durch die intensive Arbeit der Mitarbeiter des Marktwesens der Weihnachtsmarkt mit einer guten Mischung an Angeboten stattfinden könne.

- 9.8      Den Weihnachtsmarkt 2021 zum schönsten der Region machen  
Vorlage: BA-038/2021      Einreicher: Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die  
PARTEI
- 

Der Beschlussantrag wurde unter dem Tagesordnungspunkt 2 zurückgezogen.

- 9.9      Erhaltung und Sanierung der Vereinssportstätten in der Sportförderrichtlinie  
Vorlage: BA-036/2021      Einreicher: SPD-Fraktion; CDU-Ratsfraktion;  
Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die  
PARTEI
- 

Der Beschlussantrag wurde unter dem Tagesordnungspunkt 2 zurückgezogen.

- 9.10     pandemiebedingte Ausnahmen in Förderrichtlinien  
Vorlage: BA-037/2021      Einreicher: SPD-Fraktion; Fraktionsgemeinschaft DIE  
LINKE/Die PARTEI
- 

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung sowie eine Änderung des Einreichers ausgereicht.

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.



### **Beschluss BA-037/2021**

1. Der Stadtrat fordert die Verwaltung auf, Möglichkeiten zu prüfen, inwieweit in den folgenden Fachförderrichtlinien haushaltsneutrale Lösungen für pandemiebedingte Einschränkungen des Betriebs geförderter Einrichtungen und Angebote möglich sind:
  - Fachförderrichtlinie Jugend, Soziales, Gesundheit (FRL-JSG)
  - Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung von Schulsozialarbeit
  - Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Gewährung von Zuwendungen im Bereich Kunst und Kultur
  - Richtlinie zur Förderung von Begegnungseinrichtungen
  - Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen aus dem "Soziokulturellen Jugendfonds"
  - Richtlinie zur Gewährung von Zuschüssen an Träger der freien Wohlfahrtspflege (Fachförderrichtlinie Gesundheitsamt)
2. Hierzu ist zu prüfen, inwieweit in den vorgenannten Fachförderrichtlinien 2021 die Festbetragsfinanzierung Anwendung finden oder für 2021 der Eigenfinanzierungsanteil reduziert werden kann, wenn der Fördergegenstand pandemiebedingt nicht vollumfänglich umgesetzt werden kann.
3. Über das Prüfergebnis soll in der Sitzung des Sozialausschusses am 07.09.2021 und in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.09.2021 beraten werden.

### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

- 9.11 Wortprotokoll über Haushaltsdebatten  
Vorlage: BA-039/2021 Einreicher: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen
- 

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen)** erklärt, dass es seiner Fraktion wichtig sei, dass zumindest für die vergangene und die zukünftige Haushaltssitzung ein Wortprotokoll angefertigt werde. So könne im Nachhinein nachvollzogen werden, wer sich wie für wirtschaftliche Schwerpunkte entschieden habe. Er bringt anschließend die Änderung des Einreichers ein, wonach für die vergangene Haushaltssitzung das Wortprotokoll rückwirkend gefertigt werden soll.

### **Beschlussvorschlag BA-039/2021**

Der Stadtverwaltung wird aufgegeben, die Voraussetzungen zu schaffen, daß zukünftig von Haushaltsdebatten des Stadtrates ein Wortprotokoll gefertigt wird.

### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

- 9.12 Zuweisungsstopp für Chemnitz  
Vorlage: BA-040/2021 Einreicher: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/ Freie Sachsen
- 

**Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen)** schildert, dass sich in den letzten Wochen die Meldungen über Übergriffe gemehrt hätten. Das betreffe vor allem die jüngeren Asylbewerber. Zudem werde das Stadtzentrum zu Abendstunden zu einem Problem. Chemnitz solle das nicht mehr tragen und sich beim Freistaat für einen Zuweisungsstopp einsetzen.

#### **Beschlussvorschlag BA-040/2021**

1. Die Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gemeinsam mit der Verwaltung bis spätestens 1.10.2021 beim Land Sachsen für einen grundsätzlichen Zuweisungsstopp für Asylbewerber für das Stadtgebiet Chemnitz bis zunächst zum 31.12.2022 einzusetzen.

#### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

- 9.13 Gebührenbefreiung für Volksfeste, Straßen- und Parkfeste, Zirkusgastspiele, Varietés, Hochseilschauen u.Ä. (vgl. Sondernutzungssatzung Anlage 1 Nr. 20) von Gebühren/Entgelten nach der Grünanlagegebührensatzung, der Sondernutzungssatzung und der Entgeltordnung der Stadt Chemnitz für die Nutzung von Marktflächen, des Festplatzes und der markttechnischen Anlagen  
Vorlage: BA-041/2021 Einreicher: CDU-Ratsfraktion, SPD-Fraktion
- 

Es wurden eine Änderung des Einreichers sowie ein Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI und eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Specht (CDU-Ratsfraktion)** schildert, dass es einen Sommer mit vielen Veranstaltungen geben solle. Die Schausteller seien durch die Pandemie stark betroffen gewesen und seien das durch die jetzt gültigen einschränkenden Maßnahmen immer noch. Die finanzielle Mehrbelastung und generell schwierige Situation dahingehend solle mit diesem Antrag abgedeckt werden. Dieser schaffe Klarheit und nachvollziehbare Regelungen, damit in den kommenden Monaten Veranstaltungen stattfinden können. Er sagt zum Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI, dass er diesen für unzulässig halte, da dieser in die Berufsfreiheit eingreifen würde. **Herr Stadtrat Specht** bringt anschließend eine aktualisierte Änderung des Einreichers ein, welche sich auf die Verwaltungskosten bezieht.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** spricht zum Änderungsantrag seiner Fraktionsgemeinschaft. Dieser wird nochmals aktualisiert und somit die Zirkusgastspiele gestrichen. Es würde so kein generelles Verbot für Zirkusgastspiele ausgesprochen werden, jedoch würde es bei möglichen Gastspielen keine Förderung geben.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** sagt, dass seine Fraktion das Anliegen grundsätzlich unterstütze. Fraglich sei nur, ob eine Gebührenerlassung mit der genannten Deckungsquelle rechtmäßig sei.

**Herr Bürgermeister Burghart** führt aus, dass die allgemeinen Schlüsselzuweisungen zwar einen kleinen Mehrbetrag ergeben würden, jedoch gebe es auch deutliche Mindereinnahmen durch beispielsweise nicht erfolgte Schlüsselzuweisungen zur Bewältigung der Coronapandemie für das Jahr 2021. Grundsätzlich sei die Deckungsquelle jedoch möglich.

**Herr Stadtrat Kieselstein (FDP-Fraktion)** sagt, dass seine Fraktion den Antrag unterstützen werde. Er bringt einen Änderungsantrag ein, durch den die Gebühren bis zum Jahr 2022 erlassen werden sollen.

**Herr Oberbürgermeister Schulze** merkt im Zusammenhang mit der Deckungsquelle an, dass für das Jahr 2022 noch kein Bescheid über die Schlüsselzuweisungen vorhanden wäre.

**Herr Bürgermeister Runkel** sagt, dass der Antrag zulässig sei.

**Herr Stadtrat Cedel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** spricht zum Antrag seiner Fraktionsgemeinschaft. Der Ursprungantrag sei sinnvoll um eine Unterstützung für das Schaustellergewerbe zu liefern. Tiere seien seiner Meinung nach jedoch nicht für den Unterhaltungszweck geeignet.

**Herr Oberbürgermeister Schulze** informiert, dass der Änderungsantrag der FDP-Fraktion nicht abstimmungsfähig ist, da keine zusätzliche Deckungsquelle aufgeführt sei.

**Herr Stadtrat Specht (CDU-Ratsfraktion)** schlägt vor, dass heute über das Thema für das Jahr 2021 entschieden werde und dann geschaut werde, ob für das Jahr 2022 noch ein Bedarf bestehe.

**Herr Stadtrat Kieselstein (FDP-Fraktion)** stimmt diesem Vorgehen zu.

**Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen)** sagt, dass es unrealistisch sei, dass es im kommenden Jahr „normale“ Verhältnisse geben werde.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

### **Beschluss BA-041/2021**

Die Verwaltung wird beauftragt, in geeigneter Weise, Schausteller für Volksfeste, Straßen- und Parkfeste, Zirkusgastspiele, Varietés, Hochseilschauen u.Ä. (vgl. Sondernutzungssatzung Anlage 1 Nr. 20) für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 von der Gebühren-/Entgeltspflicht aus der Grünanlagegebührensatzung, der Sondernutzungssatzung und der Entgeltordnung der Stadt Chemnitz für die Nutzung von Marktflächen, des Festplatzes und der markttechnischen Anlagen zu befreien. Anfallende Verwaltungskosten werden nicht erhoben.

Von der Befreiung ausgenommen sind Kosten die für tatsächlichen Strom- und Wasserverbrauch entstehen.

Bereits bezahlte Gebühren, Entgelte, Verwaltungskosten und angefallene Bearbeitungsgebühren gem. Nr. 1 im Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 werden zurückgezahlt.

Ein Ausgleich der entstehenden Mindereinnahmen durch Bundes- und Landesmittel zur Unterstützung der Kommunen in der Corona-Krise ist zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

---

10      **Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte**

---

**Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion)** fragt nach dem Stand der Wiedereröffnung der Bürgerservicestellen.

**Herr Stadtrat Specht (CDU-Ratsfraktion)** schildert, dass eine Förderung bezüglich dem Rückbau ruinöser Gebäude vom Land in Aussicht gestellt worden sei, bei dem eine Antragsstellung bis September möglich sei. Er möchte wissen, ob von der Verwaltung geprüft werde, in wie weit geeignete Gebäude in Chemnitz vorhanden seien und ob entsprechend zeitnah die Förderung beantragt werden könne.

**Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen)** fragt, ob es vorgesehen sei Mülleimer in Herrentoiletten aufzustellen und ob es auf Damentoiletten Pissoirs geben solle.

---

11      **Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -**

---

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Herr Stadtrat Siegel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) und Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) bestätigt.

*09.08.2021*  
Datum      *Schulze*  
Sven Schulze  
Vorsitzender  
des Stadtrates

*2.9.21*  
Datum      *Siegel*  
Hans-Joachim Siegel  
Mitglied  
des Stadtrates

*12.08.21*  
Datum      *Steffen Wegert*  
Steffen Wegert  
Mitglied  
des Stadtrates

*05.08.21*  
Datum      *Müller*  
Carolin Müller